

Umkämpfte Solidaritäten

Einleitung

BRIGITTE BARGETZ. ALEXANDRA SCHEELE. SILKE SCHNEIDER

Die Frage nach politischen Solidaritäten ist aktuell so präsent wie umkämpft. Bereits seit längerer Zeit lassen sich im Zuge neoliberaler Transformationen Prozesse beschleunigter Individualisierung sowie Dynamiken staatlicher und gesellschaftlicher Entsolidarisierung beobachten, die teils bestehende Ungleichheiten und Differenzsetzungen verschärfen, teils neue (mit) hervorbringen. Mit den Tendenzen zur Autoritarisierung im globalen Norden werden diese Politiken radikalisiert: wenn sich etwa rechte und rechtspopulistische Bewegungen und Parteien unter nationalistischen und rassistischen Vorzeichen auf Solidarität berufen und diese damit als „exkludierende Solidarität“ (Flecker/Altreiter/Schindler 2018, 245) entwerfen.¹ Zugleich sind auch neue Solidarisierungsbewegungen zu beobachten: Transnationale Solidarisierungen im Engagement mit und für Geflüchtete(n) zeugen hiervon ebenso wie transnationale soziale Bewegungen wie #BlackLivesMatter, #NiUnaMenos oder #MeToo.

Es ist daher wenig verwunderlich, dass Fragen nach der Bedeutung und (Neu-)Konzeptionierung politischer Solidaritäten seit einigen Jahren verstärkt auch die sozialwissenschaftliche Forschung beschäftigen (u.a. Stjernø 2005; Scholz 2008; Featherstone 2012; Kneuer/Masala 2015; Adamczak 2017; Große Kracht 2017; Prainsack/Buyx 2017; Bude 2019; Koos 2019). Nicht zuletzt tragen die multiplen Krisenkonstellationen der vergangenen Jahre zu einer neuen Konjunktur des Solidaritätsbegriffs bei, der gewissermaßen als „aus der Krise geborenes Wort für das Verlangen nach Konsensus“ (Metz 1998, 180) verstanden werden kann. Nahezu scheint es so, als ob die „relative Randständigkeit des Solidaritätsbegriffs“, die Kurt Bayertz (1998, 13) noch vor rund 20 Jahren konstatierte und die insbesondere für die Politikwissenschaft bezeichnend ist (Kneuer/Masala 2015, 8), in den vergangenen Jahren ebenso zahlreich wie ideenreich konterkariert worden wäre. Eine zentrale Rolle spielen dabei feministische, queere und antirassistische Ansätze. Gerade weil die Frage nach den (Un-)Möglichkeiten binnenfeministischer Solidarität die feministischen Auseinandersetzungen seit Jahrzehnten prägt, stellen sie ein instruktives Archiv für Konzeptionierungen von Solidarität dar. Zugleich setzen sich feministische Forschungen in letzter Zeit (wieder) zunehmend – sowohl empirisch als auch theoretisch – mit der umkämpften Frage nach Bündnispolitiken und Möglichkeiten kollektiven Handelns

auseinander (u.a. Hemmings 2012; Dübgen 2014; Feministische Studien 2015; Mertlitsch 2016; Günther 2019; Wiedlack/Shoshanova/Godovannaya 2019).

Doch was ist eigentlich gemeint, wenn von Solidarität die Rede ist? Was genau wird in den sozialwissenschaftlichen Blick genommen, wenn Solidaritäten untersucht werden und worauf zielen feministische und antirassistische Perspektiven auf Solidarität? Offensichtlich ist, dass Solidarität im Sinne von Solidaritätserklärungen mit einer Selbstpositionierung und mit Haltungen und dem Handeln von Individuen, Gruppen und auch Organisationen zu tun hat. Diese erklären sich solidarisch mit unterschiedlich definierten Minderheiten, Marginalisierten, Ausgegrenzten, Diskriminierten, sozial schwachen Menschen oder mit Betroffenen von Hunger, Gewalt oder Krieg. In sozialstaatlicher Perspektive bedeutet Solidarität historisch gleichermaßen die soziale Teilhabe und (politische) Partizipation wie die Einhegung kapitalismuskritischer Kämpfe. Solidarität erscheint dabei als das Gegenteil von Zweckrationalität, d.h. aus solidarischen Haltungen und Handlungen erwächst nicht zwangsläufig ein individueller Nutzen. Rechtsstaatlich gesehen meint Solidarität traditionell Minderheitenschutz und Schutz vor Diskriminierung. Weiterhin besitzt Solidarität eine Prozess- und Handlungsdimension: Wenn Solidarität die Entscheidung für eine bestimmte politische Position, für einen bestimmten politischen Kampf bedeutet, ist es interessant die Bedingungen zu untersuchen und zu identifizieren, die solche Entscheidungen mit hervorbringen. Zugleich rückt so eine normative Komponente von Solidarität ins Licht, die auch mit Blick auf historische Emanzipationskämpfe deutlich wird – Solidarität gegen Macht- und Herrschaftsverhältnisse, Solidarität mit Marginalisierten, Solidarität als Kämpfe für ein allgemeines Wohl.

Solidarität unter Frauen*² bildet das Fundament des Feminismus, der als eine ebenso dynamische wie vielfältige Bewegung des Denkens und Handelns mit dem Ziel der Überwindung hierarchischer Geschlechterverhältnisse und vergeschlechtlicher Machtverhältnisse im Kontext eines insgesamt an sozial-emanzipatorischen Zielen und Kriterien orientierten gesellschaftlichen Wandels verstanden werden kann (Kurz-Scherf/Lepperhoff/Scheele 2009). Feminist*innen erklären sich beispielsweise solidarisch mit Frauen*bewegungen, mit feministischen Kämpfen um globale Geschlechtergerechtigkeit und gegen vergeschlechtlichte Gewalt oder mit der Infragestellung hierarchischer Zweigeschlechtlichkeit und den darin eingeschriebenen Begehrensstrukturen und Existenzweisen. Allerdings sind bereits in der Idee einer Solidarität unter Frauen* Konflikte und Widersprüche angelegt: Mitnichten gibt es das *eine* gemeinsame Interesse, den *einen* gemeinsamen Kampf für die *eine* gemeinsame gute Sache. Vielmehr sind Idee und Praxis der Solidarität umkämpft.

Es erscheint uns daher sinnvoll, die Frage danach, wie (feministische) Solidarität zu fassen ist, *erstens* unter der Prämisse zu betrachten, dass politische Positionen, Haltungen und Handlungen nicht deckungsgleich sind, sondern sich im Sinne eines Commitments in einzelnen sozialen Kämpfen Schnittmengen einer „politischen Solidarität“ bilden können, so der Begriff, den bell hooks bereits Anfang der 1980er-Jahre vorgeschlagen hat. Solidarität steht nicht ein für alle Mal fest, son-